



STRATEG Brief Nr. 17

Thema: Die Wiederkehr der europäischen Debatte zur allgemeinen Wehrpflicht – Personalknappheit in Zeiten des Terrors

Bestandsaufnahme

Schweden beabsichtigt per 1.1.2018 zur allgemeinen Wehrpflicht zurückzukehren. Grund hierfür ist eine überstrapazierte Exekutive, die mit der Bewältigung der angespannten Sicherheitslage zunehmend überfordert scheint und daher auch auf militärische Kapazitäten zurückgreifen muss. Noch dramatischer verhält es sich in Frankreich, wo aufgrund der akuten terroristischen Bedrohung und erfolgter Anschläge, eine **Überlastung von Exekutive** und Militär von Beamten und der Regierung beklagt wird. Daher führt Frankreich ebenso eine immer lauter werdende Debatte über die Notwendigkeit der Wiedereinführung der im Jahr 1997 gesetzlich suspendierten Wehrpflicht. Dieser Schritt war umso bemerkenswerter als dies im Mutterland der napoleonischen levée en masse beispielgebend für andere gleichlautende Gesetzesinitiativen wurde. Aktuell **wünschen sich 80 Prozent der Franzosen eine Rückkehr zu allgemeiner Wehrpflicht**, auch mit dem Zweck, republikanische Werte und damit die gesellschaftliche Kohäsion zu stärken.

Berlin beabsichtigt vorerst nicht an der abgeschafften Wehrpflicht zu rütteln, sondern versucht die akuten Nachwuchsprobleme in der Bundeswehr durch vermehrte Verpflichtung von Personen mit Migrationshintergrund in den Griff zu bekommen. Zudem strebt die deutsche Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen im Hinblick auf eine mögliche Europäische Armee die Rekrutierung von anderen EU-Staatsbürgern für die Bundeswehr an. Im Juli 2016 führte **Norwegen als erstes Land in Europa, zwar nicht EU aber NATO-Mitglied, die allgemeine Wehrpflicht auch für Frauen ein**. Diese Entscheidung war weniger dem Umstand der Personalrekrutierung, als vielmehr der Umsetzung des Prinzips der Gleichberechtigung von Mann und Frau geschuldet. Schweden könnte möglicherweise infolge der sicherheitspolitischen Ausrichtung an seine nordischen Nachbarn diesem Beispiel folgen.

Österreich: Neubeginn aufgrund der Sicherheitslage

Die Volksbefragung vom Jänner 2013 ergab die Beibehaltung von allgemeiner Wehrpflicht und Zivildienst mit einer Mehrheit von über 60 Prozent. Die zuletzt stark angestiegenen Optionen für den Zivildienst scheinen ihren Höhepunkt überschritten zu haben. Die Ableistung des Wehrdienstes gewinnt wieder an Attraktivität. Dies ist Folge der geänderten Politik einer längst überfälligen Steigerung des Landesverteidigungsbudgets zur Sicherstellung der notwendigsten militärischen Anschaffungen.

Gleichbedeutend mit der **finanziellen Besserstellung ist auch die akkordierte Absicht, das in der Bundesverfassung festgelegte Aufgabenspektrum für das Bundesheer den aktuellen Bedrohungen anzupassen**. So soll z.B. die Gefahrenabwehr aus der Luft nicht mehr im Assistenzwege für die Sicherheitsbehörde erledigt werden, sondern zukünftig eine originär militärische Aufgabe sein – also ohne dass die Bundesregierung einen militärischen Einsatz verfügt. Darüber hinaus sollen Objektschutz und Sicherungsaufgaben zum militärischen Aufgabenbereich werden.



Die Berufsarmeen und der Mangel an qualifiziertem Personal

Der deutschen Bundeswehr fehlen Kräfte für die Truppe. Mit den derzeit freiwillig Grundwehrdienstleistenden in der Bundeswehr sind weder die aktuell geltenden Personalstandszahlen noch die angepeilten Erhöhungen der Truppe erreichbar. Nachdem das Verteidigungsministerium für den Juni 2017 die kleinste Bundeswehr aller Zeiten melden musste, gingen im Juli die Zahlen wieder leicht nach oben. Insgesamt betrug die militärische Stärke der deutschen Streitkräfte Ende Juli, 176.841 Soldatinnen und Soldaten. Das vorgegebene Ziel ist zunächst etwa 6900 zusätzliche Soldaten und 4400 zivile Mitarbeiter. Schon jetzt schafft es die Bundeswehr aber nicht, ihre Sollstärke an Soldaten zu erreichen, weil nach der Abschaffung der Wehrpflicht freiwillige Rekruten fehlen. "Ich plädiere für eine selbstbewusste Frauenoffensive der Bundeswehr", sagte der Wehrbeauftragte des Bundestages, Hans-Peter Bartels, in einem Interview. Ein weiteres Problem könnten die herabgestuften Kriterien für die Tauglichkeit zum Wehrdienst werden. So werden jetzt als untauglich Ausgemusterte neuerlich der Stellungsprüfung unterzogen, um die Personalstände nicht weiter absinken zu lassen. Das muss mittelfristig auch Folgen für die Einsatzbereitschaft der Truppe haben.

Mit dem **Brexit fällt ein wesentliches Element des militärischen Rückhalts der verbleibenden EU-27 weg**. Die Briten ermöglichten v.a. ein wichtiges maritimes und atomares Abschreckungspotenzial. Die Anstrengungen für eine gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik könnten gezwungenermaßen mit dem Weggang der Briten einen Aufschwung erleben – auch abseits der europäischen NATO Aktivitäten. Denn die nun **gestrichenen britischen Kapazitäten werden durch andere kontinentaleuropäische Kräfte ersetzt werden müssen. Angesichts der angespannten Personalressourcen der Berufsarmeen wird sich eine Notwendigkeit der Rückkehr zur allgemeinen Wehrpflicht ergeben.**

Empfehlungen der STRATEG:

1. Klares Bekenntnis zur Arbeitsteilung zwischen Polizei und Militär, also keine Militarisierung der Polizei und keine Konstabilisierung des Militärs. Die militärische Landesverteidigung muss weiterhin im Fokus des Heeres bleiben, auch wenn bisherige Polizei Aufgaben zusätzlich dem Militär zugeordnet werden.
2. Anpassung der verfassungsmäßigen Aufgaben des Bundesheeres an die aktuellen Bedrohungen.
3. Ausreichende Sensibilisierung der politischen Entscheidungsträger und der Öffentlichkeit für die hoheitliche Sicherung des staatlichen Gewaltmonopols, da sonst die Tendenz zur Selbsthilfe wächst.
4. Sicherstellung der personellen und materiellen Ressourcen für Exekutive und Militär dem aktuellen Bedrohungsbild entsprechend.
5. Wiederherstellung des Vertrauens der österreichischen Bevölkerung in die Einsatzfähigkeit der österreichischen Streitkräfte.

Verfasser: GenLt. Mag. Christian Ségur-Cabanac (Präsident STRATEG) und
Dr. Karin Kneissl (Vizepräsidentin STRATEG)

Stand: Oktober 2016